Beschlussvorlage der Verwaltung Nachtragsvorlage

Diese Vorlage

- ersetzt die Ursprungsvorlage.
 ergänzt die Ursprungsvorlage.

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	11.09.2017	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushaltsplan 2018 ff. für die Produktgruppen 11.01.09 -Finanzmanagement und Rechnungswesen-, 11.01.61 -Finanz- und Personalausschuss- und 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft- sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen und Beteiligungen

Beschlussvorschlag:

Abweichend von der Ursprungsvorlage empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Teilergebnisplänen** der Produktgruppen 11.15.10 – Sonstige Beteiligungen - (S. 1290/1291, Band II) und 11.16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft – (S. 1306/1307, Band II) wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zur Ursprungsvorlage zugestimmt:

Produktgruppe 11.15.10:

Erhöhung der Aufwendungen um 1.995 €

Produktgruppe 11.16.01:

Erhöhung der Erträge um 3.405.431 €

Reduzierung der Aufwendungen um 4.408.230 €

2. Den **allgemeinen Bewirtschaftungsregeln** im Haushaltsplan 2018 wird in der als Anlage beigefügten Form zugestimmt.

Begründung:

Zu Beschlussvorschlag Nr. 1:

Durch den frühzeitigen Start des Planungsverfahrens für den Haushalt 2018 war die Kalkulation verschiedener Positionen in der Ursprungsvorlage naturgemäß mit größeren Unsicherheiten verbunden. Üblicher Weise stellt das Land den Kommunen in den Sommermonaten einen Runderlass mit den Orientierungsdaten für den aktuellen Finanzplanungszeitraum zur Verfügung. Außerdem wird seit einigen Jahren regelmäßig eine von den kommunalen Spitzenverbänden in Abstimmung mit dem Land erstellte sog. Arbeitskreisberechnung zum aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) als Planungshilfe an die Gebietskörperschaften weiter gegeben. Wegen der mit der Neubildung der Landesregierung einhergehenden Justierung der Haushalts- und Finanzpolitik hatte das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG NRW) mitgeteilt, dass beide Planungshilfen von dort nicht zur Verfügung gestellt werden können. Die kommunalen Spitzenverbände in NRW haben daraufhin auf Grundlage des aktuellen Informations- und Rechtsstandes eigene Planungsrichtwerte ermittelt. Zusätzlich wurde im Hinblick auf die ausbleibende Arbeitskreisberechnung zum GfG eine sog. Simulationsrechnung als interne Arbeitsgrundlage für die Kommunen erstellt.

Unter Berücksichtigung der sich daraus für die Stadt Bielefeld ergebenden Erkenntnisse wurden die Ansätze der vom Amt für Finanzen und Beteiligungen bewirtschafteten Mittel nochmals überprüft. Zusätzlich wurden eigene aktuelle Einschätzungen zu Ansatzentwicklungen herangezogen.

Bei folgenden wesentlichen Positionen wird daher im Vergleich zur Ursprungsvorlage eine weitere Veränderung der Ansätze im Planungszeitraum 2018 bis 2021 vorgeschlagen:

Gewerbsteuer (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	211,4	221,7	228,4	235,0
neu	215,2	225,7	232,5	239,2

Aufgrund der aktuellen Ertragsentwicklung bei der Gewerbsteuer wurde für die Kalkulation der Ansätze für die Jahre 2018ff als veränderter Ausgangswert die Jahressollstellung 2017 in Höhe von 174 Mio. € zzgl. des Durchschnitts der Voraus- und Nachzahlungen der Jahre 2005 bis 2016 in Höhe von 35,5 Mio. € gewählt. Diese Anpassung führt im Vergleich zur ursprünglichen Annahme zu einer Verbesserung in 2018 in Höhe von rd. 3,8 Mio. €. Für die Folgejahre werden die Steigerungsraten der Steuerschätzung von Mai 2017 berücksichtigt.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	143,9	151,6	160,4	169,7
neu	144,7	152,7	161,5	170,9

Die Neukalkulation des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer basiert auf den Planungsrichtwerten der kommunalen Spitzenverbände. Diese entsprechen der inzwischen regionalisierten Steuerschätzung und führen zu leichten Verbesserungen im Finanzplanungszeitraum.

Die Neuberechnung erfolgte wie bisher auf Basis des vorläufigen Rechnungsergebnisses 2016.

Kompensation Familienleistungsausgleich (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	13,9	14,4	14,9	15,3
neu	13,4	13,9	14,3	14,7

Die aktualisierte Ansatzbildung beruht auf der Simulationsrechnung von Juli 2017. Danach ist der Ansatz für das Jahr 2018 zu reduzieren; für die Folgejahre werden die Steigerungsraten der Orientierungsdaten 2016 berücksichtigt.

Schlüsselzuweisungen vom Land (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	214,8	225,9	235,7	244,2
neu	214,0	221,5	230,4	243,3

Der Ansatz für 2018 beruht nun auf der Simulationsrechnung von Juli 2017. Für 2019 wurde der volle Steigerungssatz (+3,5%) der Planungsrichtwerte der kommunalen Spitzenverbände berücksichtigt. Für die Jahre 2020 und 2021 wurden im Vergleich zu den Planungsrichtwerten reduzierte Steigerungsraten geplant (+4,0% für 2020, +5,6% für 2021).

Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen (in Mio. €)

		Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	Gewerbsteuerumlage	15,4	16,2	16,7	17,1
neu		15,7	16,5	17,0	17,4
bisher	Fonds Deutsche Einheit	14,8	13,4	0,0	0,0
neu		15,0	13,6	0,0	0,0
bisher	gesamt	30,2	29,6	16,7	17,1
neu		30,7	30,1	17,0	17,4

Die Gewerbsteuerumlage folgt ebenso wie die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit der Höhe der Gewerbesteuererträge. Aufgrund der Neukalkulation der Gewerbesteuer sind hier entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Solidarbeitrag ab 2020 (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	0,0	0,0	4,0	4,0
neu	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit endet 2019. Im Haushalt waren ab 2020 bislang Mittel für eine mögliche Anschlussregelung veranschlagt. Nach aktueller Einschätzung (vgl. z. B. Ausführungen des Deutschen Städtetages zum Ergebnis der Mai-Steuerschätzung) erscheint es sachgerecht, ab dem Jahr 2020 das ersatzlose Auslaufen der Solidarpaktumlage einzuplanen.

Landschaftsumlage (in Mio. €)

	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
bisher	104,8	110,1	115,6	118,4
neu	99,9	104,3	109,5	116,1

Für den aktualisierten Ansatz 2018 wurden die im Rahmen der Simulationsrechnung von Juli 2017 ermittelten Umlagegrundlagen sowie der vom Landschaftsverband mitgeteilte voraussichtliche Hebesatz für 2018 von 16,2% zugrunde gelegt. In den Folgejahren werden bei den Umlagegrundlagen die Steigerungsraten der Planungsrichtwerte der kommunalen Spitzenverbände sowie eine jährliche Steigerung des Hebesatzes um jeweils 0,1 Prozentpunkte berücksichtigt.

Zu Beschlussvorschlag Nr. 2:

Die Bewirtschaftungsregeln sollen ab 2018 in Bezug auf die investiven Produktgruppenbudgets angepasst werden. Bis 2017 waren nur die investiven Ein- und Auszahlungen für Festwertbeschaffungen und Beschaffungen für Vermögensgegenständen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis netto 410 EUR (GWG) gegenseitig deckungsfähig. Nun werden auch die investiven Beschaffungen über 410 EUR in das investive Produktgruppenbudget einbezogen.

Alle Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeiten werden nun ohne Ausnahme zu einem separaten Budget auf Produktgruppenebene zusammengefasst. Innerhalb der so gebildeten Produktgruppenbudgets dienen die Einzahlungen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen. Mehreinzahlungen berechtigen zu Mehrauszahlungen in diesen Budgets. Mindereinzahlungen vermindern die Ermächtigungen für Auszahlungen. Im Ergebnis ergibt sich daraus eine größere Flexibilität in der Mittelbewirtschaftung; die Notwendigkeit von Nachbewilligungen wird reduziert.

Investive Beschaffungen führen auch zu Erträgen und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung (Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten). Aufgrund der unterschiedlichen Auswirkungen – Festwert- und GWG-Beschaffungen werden unmittelbar als Aufwand gebucht, Einzelbeschaffungen über 410 EUR nach Nutzungsdauer abgeschrieben – werden diese Erträge und Aufwendungen aufgrund von investiven Beschaffungen nicht in das konsumtive Produktgruppenbudget einbezogen.

Die allgemeinen Bewirtschaftungsregeln sind als Anlage beigefügt. Die Änderung betrifft Ziff. 2 g).

Kaschel
Stadtkämmerer

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.